

Nr. 18/465

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Umsatzsteuererlegung an Bildungsaufgaben anpassen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. April 2012
(Drucksache 18/362)
2. EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode
Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/509)
3. Konsequentes Vorgehen gegen Straftaten in der JVA
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2012
(Drucksache 18/589)
4. Situation der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Oktober 2012
(Drucksache 18/599)
5. Datei „Gewalttäter Sport“
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Oktober 2012
(Drucksache 18/603)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. November 2012
(Drucksache 18/668)

Nr. 18/466

Fragestunde

1. Landesamt für Verfassungsschutz
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. Oktober 2012
2. Bundesmittel für soziale Wohnraumförderung
Anfrage der Abgeordneten Susanne Wendland, Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Oktober 2012
3. Brechdurchfall-Epidemie auch an Schulen in Bremen denkbar?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Oktober 2012
4. Datenschutz bei Krankenkassen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Winfried Brumma, Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. Oktober 2012

5. Befristete Stellenbesetzungen im Kulturreisort
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Claas Rohmeyer, Elisabeth Motschmann, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Oktober 2012
 6. Einsatz von Antibiotika in Humanmedizin und Massentierhaltung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Doris Hoch, Jan Saffe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Oktober 2012
 7. Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. Oktober 2012
 8. Aktionsprogramm „Barrierefrei Wohnen“ im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. Oktober 2012
 9. Wirtschaftsspionage im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 22. Oktober 2012
 10. Anerkennung von ausländischen Abschlüssen – wie weit ist Bremen mit der Umsetzung des Bundesgesetzes?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Zahra Mohammadzadeh, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Oktober 2012
 11. Betäubungsloses Schlachten (Schächten) anlässlich des Opferfestes
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 26. Oktober 2012
 12. Landesbericht zur Lage der Natur in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Wolfgang Jägers, Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. November 2012
 13. Pünktlichkeitsdefizite und lückenhafter Zugfahrplan zwischen Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. November 2012
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
14. Zusammenarbeit mit Akteuren/Akteurinnen im Bereich Prostitution bei der Erstellung eines Landesgesetzes zur Regelung von Bordellbetrieben
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. November 2012
 15. Online-Rasterfahndung bei der Polizei Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. November 2012
 16. Umsatzsteuerbefreiung von Hochschulmensen und Schulspeisungen
Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. November 2012
- Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/467

Todesstrafe endlich weltweit abschaffen!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. November 2012
(Drucksache 18/655)

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

1. Wir verurteilen die Todesstrafe als grausame, unmenschliche und entwürdigende Bestrafung, die gegen das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündete Recht auf Leben verstößt, und als einen unververtretbaren Akt finaler Folter.
2. Wir begrüßen, dass bis zum Jahr 2011 in 154 Staaten der Erde die Todesstrafe de jure bzw. de facto abgeschafft wurde; wir erwarten, dass die Staaten, die noch an der Todesstrafe für außerordentliche Verbrechen wie Kriegsverbrechen festhalten, die Staaten, die zumindest ein Moratorium für Hinrichtungen eingeführt haben und diejenigen, die de facto, aber noch nicht de jure die Todesstrafe abgeschafft haben, auch diesen letzten entscheidenden Schritt tun.
3. Das Bundesland Bremen wird sich dafür einsetzen, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für den Kampf gegen die Todesstrafe gestärkt wird; dazu gehört auch, dass die Vollstreckung der Todesstrafe nirgendwo als Staatsgeheimnis behandelt werden darf.
4. Wir begrüßen ausdrücklich die Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel amnesty international, sich weiter für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

Nr. 18/468

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes – Verlängerung von Vorschriften des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2012

(Drucksache 18/641)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/469

Beschäftigungsverhältnisse an bremischen Hochschulen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 3. Juli 2012

(Drucksache 18/485)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2012

(Drucksache 18/534)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/470

Berufliche Orientierung, beruflicher Einstieg, beruflicher Aufstieg – Situation und Perspektiven der Berufsausbildung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Juli 2012

(Drucksache 18/527)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012

(Drucksache 18/556)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/471

Lese- und Schreibkompetenzen als Schlüssel für schulischen Erfolg

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. August 2012
(Drucksache 18/553)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2012

(Drucksache 18/586)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/472

Wirtschaftliche Potenziale des Fahrradtourismus für das Land Bremen erschließen

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012
(Drucksache 18/555)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/473

Wirtschaftliche Existenz freiberuflich tätiger Hebammen sichern!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2012
(Drucksache 18/558)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen,

- dass die wirtschaftliche Existenzfähigkeit freiberuflicher Hebammen gesichert wird,
- dass die Bundesregierung den Hebammen die ihnen zugesagte Unterstützung bei den Vergütungsverhandlungen mit den Krankenkassen zukommen lässt,
- dass auf Bundesebene Gespräche zwischen Hebammenverbänden, Gesundheitsministerium und Haftpflichtversicherern initiiert werden, um zu klären, wie gewährleistet werden kann, dass Hebammen sich trotz der langen Haftungsdauer haftpflichtversichern können.

Nr. 18/474

Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption endlich ratifizieren und Bestechlichkeit und Bestechung der Mitglieder von Volksvertretungen unter Strafe stellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. September 2012
(Drucksache 18/559)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat

1. für die Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption einzusetzen und
2. sich ferner konkret dafür einzusetzen, dass Bestechlichkeit und Bestechung der Mitglieder von Volksvertretungen dahingehend im StGB unter Strafe gestellt wird, dass sich
 - a) derjenige strafbar macht, der als Mitglied einer Volksvertretung des Bundes, der Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände einen Vorteil für sich oder einen Dritten dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass

er bei der Wahrnehmung seines Mandates eine Handlung im Auftrag oder auf Weisung vornimmt oder unterlässt oder

- b) wer einem Mitglied einer Volksvertretung des Bundes, der Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände einen Vorteil für dieses Mitglied oder einen Dritten anbietet, verspricht oder gewährt, damit es bei der Wahrnehmung seines Mandates eine Handlung im Auftrag oder auf Weisung vornimmt oder unterlässt
3. sowie sich ferner dafür einzusetzen, dass im Rahmen der entsprechenden Reform des StGB, Stellungnahmen der Landtage eingeholt werden, damit Besonderheiten in den Bundesländern, insbesondere auch die Stellung der Bremer Abgeordneten als Halbtagsparlamentarier, Berücksichtigung finden.

Nr. 18/475

Tilgungsfristen im Führungszeugnis von Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche aufheben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. September 2012
(Drucksache 18/582)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 18/476

Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 145 Absatz 1 der Landesverfassung

Mitteilung des Senats vom 11. September 2012
(Drucksache 18/570)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/477

Erleichterte Einbürgerung für in Bremen gut integrierte Kinder und Jugendliche

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport
vom 29. Oktober 2012
(Drucksache 18/617)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport zur Kenntnis.

Nr. 18/478

Personalbericht 2011 Band III: Bericht der Senatorin für Finanzen über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2010 und der dazugehörige Personalbericht 2011 Band III – Anlagenband: Bericht der Senatorin für Finanzen über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2010 nach Dienststellen

Mitteilung des Senats vom 6. November 2012
(Drucksache 18/626)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Personalbericht 2011 Band III: Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2010 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 18/479

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Max L i e s s

anstelle des Deputierten Frank Schmitz zum Mitglied der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Nr. 18/480

Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzausweisungsgesetz)

Mitteilung des Senats vom 13. November 2012

(Drucksache 18/643)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/481

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Mitteilung des Senats vom 13. November 2012

(Drucksache 18/644)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/482

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts „Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung“

Mitteilung des Senats vom 13. November 2012

(Drucksache 18/645)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/483

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 13 vom 14. November 2012

(Drucksache 18/653)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/484

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. November 2012

(Drucksache 18/659)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Mareike S a n d e r

anstelle der ausgeschiedenen Frau Wencke Worm zum Mitglied und

Herrn Stefan H i r s c h

und

Herrn Kai-Olaf J ü n e m a n n

anstelle der ausgeschiedenen Frau Daniela Maaß und Herrn Jan-Christoph Peters zu stellvertretenden Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 18/485

Wahl eines Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Silvia N e u m e y e r

anstelle der Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann zum Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 18/486

Gesetz zur Neuregelung von Spielbankabgaben

Mitteilung des Senats vom 20. November 2012

(Drucksache 18/665)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

